



### Zur Auflösung der Duma.

Der Uras des Jaren, der die Auflösung der Duma ankündigt, hat nach dem, was am Freitag und Samstag vorgefallen war, nicht mehr überrascht. Die Entscheidung hing bei der Kommission, welche die Frage Stolypin nach der Verhaftung von 16 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten wegen Aufreizung zu prüfen hatte. Stolypin glaubt Beweise für die Schuld des Abgeordneten Dsol zu besitzen. Statt aber die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung dieses einzelnen zu erbitten, verlangt er von der Duma, daß sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete vor ein Gericht gestellt werden sollen, das über den Umfang ihrer etwaigen Teilnahme an den Bestrebungen zur Herbeiführung einer neuen Regierungsform urteilen soll. Man weiß, was das bedeutet; keiner von den Angeklagten würde dem Gefängnis, mancher vielleicht auch nicht dem Fenster entgehen. Der Versuch der Duma, die Verantwortung für die Ereignisse, die der Auflösung folgen können, aufzubürden, muß entschieden zurückgewiesen werden. Daß die Kommission ablehnen werde, konnte vorausgesehen werden. Sie beschloß, daß nach dem bis jetzt vorliegenden Anlagematerial Anklage gegen 16 Sozialdemokraten gemeinsam erhoben werde, das Material aber gegen jeden einzelnen der Beschuldigten getrennt von dem Untersuchungsrichter zu fordern sei. Auch hielt die Kommission nach einer anderen Meldung nur 7 Abgeordnete für genügend belastet, um sie auszuliefern. Nach Bekanntgabe dieser Beschlüsse, war in Anbetracht der durch Stolypin gezeigten schroffen Stellung der Regierung die Auflösung der Duma beschlossene Sache. Der Abgeordnete Dsol, der sein Heil in der Flucht suchte, wurde in der Nähe von Sastrowez verhaftet. — Die Neuwahlen sollen bereits am 14. September stattfinden, so kündigt der kaiserliche Uras an. Was er aber noch ankündigt, ist ein neues Wahlgesetz. Was wird dieses bringen? Es wird gesagt, daß es eine Erhöhung des Eigentumszensus und die Entziehung der besonderen Wahlprivilegien der Bauern bringen werde. Der Kaukasus und Afghanisten sollen dabei ihre Vertretung in der Duma verlieren, die eventuell das allgemeine Wahlrecht erhalten. Hoffnungen daran zu knüpfen, wäre also, da es sich um eine russische „Reform“ handelt, schon an und für sich verfehlt: Heute um so mehr, da die reaktionäre Hofelique Rußlands der revolutionären Linken den Fuß in den Nacken setzen konnte. — Armes Rußland.

Heute liegen noch folgende Meldungen vor:

**Petersburg, 16. Juni.** Die Verschiedenheit des neuen von dem alten Wahlgesetz besteht darin, daß durch das neue Wahlgesetz jeder Bevölkerungsklasse, nämlich den Grundbesitzern, den Bauern, den Städtern und den Arbeitern eine bestimmte Mindestzahl in der Volksvertretung gesichert wird. Andererseits gibt es den intelligenten und in sozialer Hinsicht widerstandsfähigeren Klassen einen Vorzug bei den Wahlen, indem es die Zahl ihrer Wähler in den Wahlversammlungen im Vergleich mit den Vertretern der nicht intelligenten Klassen vergrößert. — (Mit anderen Worten: die Minderbemittelten sollen ihrer großen Rechte wieder beraubt werden, damit die 3. Duma ein willenloses Werkzeug in der Hand der reaktionären Regierung werde. D. Red.)

**Petersburg, 16. Juni.** Von den 16 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, deren Auslieferung Stolypin gefordert hatte, haben sich 7 der Verhaftung zu entziehen gewagt. In der vergangenen Nacht haben etwa 700 Verhaftungen stattgefunden. Die Garnison ist durch Kavallerie und Infanterie bedeutend verstärkt worden. Auf den Straßen sind zahlreiche Infanterietruppen postiert. Ein Erlaß des Stadthauptmanns verbietet die Veröffentlichung von Artikeln und Mitteilungen, die eine feindselige Stimmung gegen die Regierung erzeugen können, die Verteilung verbotener Schriften, die offene Zustimmung zu

Verbrechen, in welcher Form sie auch erfolgt, ferner den Verlauf oder die öffentliche Ausstellung von Schriften, durch die Verbrechen gutgeheißen werden, des weiteren die Verbreitung lägerhafter Angaben über die Regierungsbeamten, Kommandeure und Truppen, durch die die öffentliche Meinung gegen diese aufgereizt wird, ferner die Verbreitung unwahrer, die öffentliche Meinung erregenden Gerüchte über Maßnahmen der Regierung, über die angeblich unglückliche Lage der Gesellschaft und des Militärs. Die Schuldigen sollen auf administrativem Wege entweder mit 3000 Rubel oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden.

**Petersburg, 16. Juni.** Durch kaiserlichen Uras wird die Session des Reichsrats bis zum 19. November ds. Js. unterbrochen.

**Petersburg, 16. Juni.** In allen Teilen der Stadt herrscht vollkommen Ruhe. An allen Mauern sind das kaiserliche Manifest und das Auflösungsdekret angehängt. Kavallerie- und Infanteriepatrouillen durchziehen die Straßen.

**Warschau, 16. Juni.** Die Nachricht von der Auflösung der Duma hat hier fast gar keinen Eindruck hervorgerufen. Die Stadt ist ruhig. Der Generalgouverneur veröffentlichte eine Verordnung, in welcher er für regierungseindliche Artikel der Presse Gefängnis bis zu 3 Monaten oder eine Geldbuße bis zu 3000 Rubel androht.

### Bundschau.

**Die badischen Demokraten** haben am gestrigen Sonntag ihren Parteitag in Triberg abgehalten. Die Versammlung war zahlreicher als seit Jahren aus allen Teilen des Landes besucht. Zunächst fand am Samstag eine Delegiertenversammlung statt, die Direktor Heimburger eröffnete. In der Aussprache über die verschiedenen, zur Zeit für die praktische Politik im Vordergrund stehenden Fragen, sowie in den Tätigkeitsberichten aus den einzelnen Landesteilen kam bei Alten und Jungen zuverlässige, aktionslustige Stimmung zum Ausdruck. Die Triberger haben gestiftet für die Unterstufen der Parteigenossen gesorgt. Am Abend fand ein Bankett statt dem dann gefolgt die öffentlichen Versammlungen folgten mit den Rednern Heimburger, Hummel und Gaußmann. Wir werden morgen ausführlicher berichten.

**Die Friedenskonferenz im Haag** ist am Samstag in feierlicher Weise eröffnet worden. Der niederländische Minister, Dr. van Soudriaan hielt an die Delegierten eine längere Ansprache, in der er diese im Namen der Königin willkommen hieß und die Arbeiten der ersten Konferenz und ihre vielfach kritische Aufnahme rekapituliert. Dem Jaren als Anreger der Friedenskonferenz widmete der Redner Worte des Dankes, ebenso Roosevelt, dem Förderer der Friedensidee. Der Vorschlag des Ministers, den russischen Botschafter Czjellenz Nelidow zum Vorsitzenden der Konferenz zu bestimmen fand einstimmige Zustimmung. Dieser nahm die Wahl an und erklärte, er werde sein Bestes tun, um die Arbeiten so zu leiten, daß sie möglichst fruchtbringend sich gestalten und alles vermeiden, was lebhafteste Meinungsverschiedenheiten hervorrufen könne. Er schlug die Abendung eines Huldigungstelegramms an Königin Wilhelmine vor und betonte die Idee des Friedens habe die Regierungen veranlaßt, Delegierte hierherzusenden, die über die Interessen der Menschlichkeit, Versöhnlichkeit und Gerechtigkeit beraten sollen. Die Aufgabe der Konferenz sei eine doppelte: Mittel zur friedlichen Schlichtung von Differenzen zu suchen und Massenkonflikte zu vermeiden, und die Härten des Krieges zu mildern. Die von der ersten Konferenz eingeführten humanitären Maßnahmen hätten das Gefühl der internationalen Nachbarschaft erhöht. Die Anerkennung des Grundgesetzes der Schiedsgerichte habe zur Geneigtheit geführt, solche anzurufen. Seit 1899 seien 33 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen worden. Fünfzigste Fälle, die Bewirk-

lungen herbeizuführen drohten, sind dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet worden. Wie bei Individuen, so gebe es auch bei Völkern Fälle, wo Ehre, Würde und wesentliche Interessen auf dem Spiele stehen, wo sie keine andere Autorität anerkennen wollen, als eigenes Urteil und persönliches Gefühl. Das dürfe die Konferenz nicht entmutigen, auf Befriede und Brüderlichkeit der Völker zu wirken. — Beide Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nelidow bezeichnete die Sekretäre und gab bekannt, daß die nächste Sitzung Dienstag oder Mittwoch stattfinden werde. — Wie der „Petit Parisien“ mittelt, wird sich die Konferenz in 4 Kommissionen teilen: für das Schiedsgerichtswesen, militärische Fragen, Marinefragen und das Recht der Neutralen.

### Tages-Chronik.

**Berlin, 15. Juni.** Die von der „Agence Havas“ heute bewertete Meldung vom Abschluß eines Vertrags zwischen Frankreich, England und Spanien über die Aufrechterhaltung des status quo im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean ist doch richtig. Dem hiesigen Auswärtigen Amt ist die offizielle Notifikation über den betreffenden Notenaustausch zugegangen.

**Berlin, 15. Juni.** Der Kaiser richtete an den Admiral v. Tirpitz, Staatsminister und Staatssekretär des Reichsmarineamts, folgendes Telegramm: „Homburg v. d. Höhe, Schloß, den 14. Juni. Heute vor 10 Jahren habe ich Sie zum Staatssekretär des Reichsmarineamts ernannt. Die Hoffnungen, die ich damals auf Sie gesetzt hatte, sind in weitem Maße erfüllt, das erkenne ich wiederum dankbarst an und knüpfe daran den Wunsch, daß Sie noch viele Jahre in gleicher Arbeitsfrische und mit gleichem Erfolge wie bisher Ihres verantwortungsvollen Amtes walten mögen. Wilhelm I. R.“

**Hamburg, 16. Juni.** Der Kaiser hat den Obersten von Lindenau in Gießen beauftragt, bei der Beerdigung des verunglückten Rennfahrers Faber einen Kranz niederzulegen.

**München, 15. Juni.** Der Zentrumsabgeordnete Domkapitular Dr. Schäbler hat gegen den langjährigen bisherigen Zentrumsabgeordneten Rodschiebler, der in Amberg-Land bei den letzten Landtagswahlen durch den von Schäbler protegierten und von Dr. Heim bekämpften Zentrumskandidaten Freiherrn v. Massen verdrängt wurde, Beleidigungsklage gestellt.

**Wien, 15. Juni.** Der sozialdemokratische Verband beschloß eine Interpellation an die Regierung zu richten, wie sie sich zur Auflösung der Duma und den hieraus entspringenden fortgesetzten Unruhen in Rußland und zu der Bedrohung Europas mit internationalen Verwicklungen stelle, auch wie sie sich zu den neuerlichen finanziellen Ansprüchen der russischen Regierung zu verhalten gedenke.

**Haag, 17. Juni.** Die antimilitaristische Vereinigung von Holland hatte hier eine Versammlung als Kundgebung für die Friedenskonferenz einberufen. Die Versammlung, der ungefähr 3000 Personen beiwohnten, wurde im Freien abgehalten. 6 Redner protestierten gegen die Konferenz, von denen einer darauf hinwies, daß die russische Duma am Tage der Eröffnung der Konferenz aufgelöst worden sei. Er sprach in heftigen Worten gegen die Eröffnungsrede des russischen Bevollmächtigten Nelidoff und forderte schließlich die Arbeiter auf, während eines Krieges in den Ausland zu treten, um den Transport von Lebensmitteln und Spirituosen zu verhindern. Die anderen Redner äußerten sich in demselben Sinne. Die Versammlung nahm eine Resolution an die sich für den Zustand der in dem Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter ausspricht.

**London, 15. Juni.** Im Beisein des Königs wurde heute das Denkmal für den Herzog von Cambridge enthüllt. Kaiser Wilhelm hatte zu den Feierlichkeiten den Generalfeldmarschall Sahnke entsandt.

**Glasgow, 17. Juni.** Ein Segelkutter mit sechs Personen an Bord kenterte auf der Höhe von Cumbrac. Alle Insassen sind ertrunken.

**Odeffa, 15. Juni.** Aus Jusowka wird gemeldet:

Ach, daß wir doch dem reinen stillen Wind  
Des Herzens nachzugehen so sehr verlernen!  
Ganz leise spricht ein Gott in uns're Brust,  
Ganz leise, ganz vernemlich zeigt uns an,  
Was zu ergreifen ist und was zu fliehen. Goethe.

### Wenn der Frühling kommt.

Roman von Margarete Böhm.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Eine halbe Stunde hielt sie noch aus, dann war sie froh, daß sie aus dem Trübel herauskam. Kohen ließ es sich trotz ihres Protestes, nicht nehmen, sie zu begleiten. Während sie durch die einsamen Wege des Tiergartens schritten, erzählte er ihr von seinem Entzücken, sie wieder in Berlin zu finden, und drückte den Wunsch aus, sie fortan öfter zu sehen. Liselotte schnitt seine Tiraden mit einer Frage nach seiner Schwester Ergehen ab, dann fragte sie nach Gurbar, — wo er wohne, ob Frau von Fechter noch in seinem Hause sei.

„Gurbar wohnt augenblicklich hier in Berlin, hat im Nordwesten in der Hensburger Straße eine Etage für den Winter gemietet. Ich traf ihn gestern; er war recht gebräunt; die Krankheit der Kleinen nimmt ihn sehr mit.“

„Irmengard ist krank? Was fehlt ihr?“  
„Ich weiß nicht... Scharlach, Diphtheritis, Nasen, irgend so eine Kinderkrankheit. Er nahm sich keine Zeit, mir Auskunft zu geben. Wie gesagt, er war sehr niedergeschlagen.“

Liselotte antwortete nichts. Die Kehle war ihr plötzlich wie zugeschnürt; sie hätte keinen Laut hervorbringen können. Eilig strebte sie weiter, um möglichst rasch ans Ziel zu kommen und der ihr plötzlich unerträglich gewordenen Beschwingigkeit ihres Begleiters zu entkommen.

In ihrem Zimmer in der „Berolina“ lag ein mit der letzten Abendpost gekommenen Brief auf dem Tisch.

Der Brief war in Berlin abgestempelt, nach Schirmed adressiert und von Marius wieder an ihre Adresse in Berlin weitergeschickt.

Liselotte erkannte die Handschrift und ahnte den Inhalt. Mit bebenden Fingern erbrach sie das Kuvert und las den Brief:

„Meine liebe Frau Fendell!“

Hoffentlich treffen diese Zeilen Sie auf Schirmed an. Ich habe lange nichts von Ihnen gehört, und es wäre ja leicht möglich, daß Sie den Winter weit fort von Berlin an der Riviera oder in einer größeren Stadt zubringen; in diesem Falle würde auch dieser Brief wohl nichts bewirken können. Deshalb Sie mit meinen letzten Brief nicht beantworteten, weiß ich nicht, vermute aber, daß Sie irgend ein Zerwürfnis mit Herrn von Gurbar hatten. Es war garabazu schrecklich, — diese überstürzte, unvorbereitete Abreise im frühen Morgengrauen; und nachher erfahren wir erst, wach ein furchtbares Unglück Sie Tags zuvor betroffen hatte. Mit Irmengard war in der ersten Zeit kaum auszukommen. Das arme Dingelchen hat mich manchmal gedauert, wenn es nach Ihnen summerte und zusehends vor Heimweh dahinsiechte. Ich gab mir alle Mühe, das vertraute Seelchen von seiner Sehnsucht nach Schirmed abzulenken, aber ich habe wenig Einfluß auf die Kleine. Die Natur des Kindes ist einmal gegen das Alte; mit Ihnen rivalisieren zu wollen, ist mir niemals eingefallen. Später verlor sich's auch mehr und mehr; seitdem die Erzieherin und die Gouvernesh da sind und sie fleißig lernen muß, hat sie nicht mehr viel Zeit zum Nachdenken. Vor vierzehn Tagen erkrankte sie plötzlich an einer heftigen Bräune, die in kurzer Zeit in ein schweres Scharlachfieber überging. Ich fürchte, die Ärzte haben wenig Hoffnung, sie zu erhalten. Es wäre schrecklich, wenn Herr von Gurbar Irmengard verlieren müßte; in diesen Tagen merkt man erst, wie er an seinem einzigen Kind hängt. Irmengard hat in diesen Tagen nicht nach Ihnen verlangt, — in den wenigen fieberfreien Momenten liegt sie apathisch, starr und blaß, wie tot, in den Kissen, aber wie ich gestern abend neben ihrem Bettchen saß, kam mir plötzlich der Gedanke, an Sie zu schreiben und Sie um Ihr Herkommen zu bitten. Wenn die Kleine sterben muß, werden ja auch Sie das Unabwend-

bare nicht ändern können, aber ich bitte mit ein, Ihre Nähe wird beruhigend auf das Kind wirken. Irmengard wird Sie erkennen und sich freuen, u. wenn es nur gälte, einem sterbenden Kinde eine Freude zu bereiten, ihm ein Lächeln zu entlocken, so meine ich, wäre Ihr Herkommen schon reichlich motiviert. Deshalb bitte ich Sie: Kommen Sie zu Ihrem kleinen Liebling! Lassen Sie Ihren Groll fahren, vergessen Sie für kurze Zeit Ihren Zwist mit Herrn von Gurbar — wenn überhaupt ein solcher existiert, — und eilen Sie zu uns. Depeschieren Sie, bitte, wann Sie eventuell eintreffen. Ich hoffe bestimmt auf eine zusage Antwort. In Eile!

Mit tausend Grüßen Ihre ergebene  
Helene von Fechter.“

Liselotte legte das Briefblatt aus der Hand. Ihre Augen waren dunkel und naß, und das Herz war ihr schwer vor Angst und Sorge. Aber über Angst und Bangen erhob eine frohe Zuversicht seine lichten Schwingen, der feste Glaube an eine höhere Macht, die, unbeirrt von Zufälligkeiten und fremden Willen, jedem Menschenschicksal seine Bahnen vorzeichnet, aus denen es nicht heraus kann, in denen es bleiben muß, und die unverrückbar von dem ersten Tage seines Daseins an feststehen. Deshalb hatte es sie an geheimnisvollen Fäden nach Berlin gezogen, deshalb hatte sie hier verweilen müssen, das hatte auf sie gewartet...

In der Morgenfrühe des nächsten Tages wollte sie hin. Aber nach einer Weile besann sie sich anders. In dieser Nacht fand sie doch keinen Schlaf, und was konnte in einer Nacht geschehen? Wenn es vielleicht schon morgen zu spät wäre... Rasch entschlossen warf sie ihren Mantel über und klingelte, um von dem Mädchen eine Droschke besorgen zu lassen.

Dann als sie schon im Wagen saß und der Hensburger Straße zurollte, kamen ihr wieder Bedenken. Was würde Gurbar denken, wenn sie ihm so spät in die Wohnung fiel —, aber sie zerstreute und verschwendete die zweifelnden Fragen. In dieser Stunde sollte nur der Gedanke an das kranke Kind Raum in ihrer Seele haben.

(Schluß folgt.)

Infolge der Ermordung des Ingenieurs Jherigin der Grubenminen Rarpon wurden tausend Arbeiter entlassen. Die Folge war der Streik von 6000 anderen. Mit Rossen hatten die Arbeiter blutige Zusammenstöße.

Die schweren Gewitter mit Hagelschlag, welche in den letzten Tagen niedergingen, haben in fast allen bayerischen Landesteilen großen Schaden angerichtet. Es wurde bereits von über 7000 geschädigten Landwirten Anspruch auf Hagelschadigung bei der bayerischen Landes Hagelversicherungsanstalt angemeldet. Nach den bisherigen Feststellungen wurden insgesamt 540 Gemeindebezirke, darunter 8 zweimal, von Hagelschlag heimgesucht. Den größten Schaden hat das Korn erlitten, das im Wachstum weit voraus war.

Aus Würzburg wird gemeldet: Auf der Schweinfurter Landstraße verunglückte heute früh ein Automobil. Der Besitzer, ein Herr aus München wurde getötet. Sein Begleiter, ein Herr aus Würzburg, erlitt Arm- und Beinbrüche. Der Chauffeur blieb unverletzt.

Der sechsjährige Sohn einer Familie in Düsseldorf wurde im Weichbild der Stadt von dem Automobil eines Arztes überfahren und sofort getötet.

### Arbeiterbewegung

Stuttgart, 17. Juni. Die bei den Großstuttgarter Schmiedemeistern beschäftigten Gesellen, 100 an der Zahl, sind heute früh wegen Tarifdifferenzen in den Ausstand getreten. Einige Firmen haben die Forderungen bewilligt.

### Württ. Landtag.

Stuttgart, 15. Juni.

Präsident Bayer eröffnet die 42. Sitzung um 9 1/4 Uhr. Am Regierungstisch: Ministerpräsident v. Weizsäcker, Geheimrat v. Balz u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die mit dem Bahnhofsbau in Stuttgart zusammenhängenden

Erweiterungsbauten zwischen Stuttgart-Ludwigsburg u. Plochingen.

Der Kommissionsantrag Ziff. 2-6 des Entwurfs anzunehmen, wird angenommen. Der Antrag Schnaidt betr. Aufnahme des Umbaus des Ludwigsburger Bahnhofes in das Gesetz wird angenommen.

Zu Ziff. 7 gelangt der Kommissionsantrag betr. eine Eisenbahn vom Güterbahnhof Untertürkheim nach Wangen und die Herstellung eines Güterbahnhofes Gaisburg zur Annahme.

Der Kommissionsantrag betr. Erhebungen über den Agleitigen Ausbau der Strecke Untertürkheim-Ehlingen-Plochingen anstatt der Cannstatter linksufrigen Nebenbahn wurde angenommen, der Antrag Kibel hierzu abgelehnt, dagegen der Antrag Kaufner angenommen, ebenso die Resolution betr. einen Beitrag Stuttgarts. Die Resolution auf Fortsetzung des Baus von Nebenbahnen wird mit 78 Stimmen gegen 11 Stimmenthaltung angenommen.

Der Antrag Hildebrand betr. Nichtverwendung ausländischer Arbeiter wird abgelehnt.

Der Antrag Reimbald auf Bevorzugung der Industrie, Handwerk, Kleingewerbe, Techniker und Arbeiter des Reichslandes wird angenommen. Art. 2 des Entwurfs, wonach mit den Grundwerbungen zu den in Art. 1 genannten Anlagen fortzufahren und mit den Bauten bei Stuttgart und Cannstatt, mit dem Bau der Teilstrecke Untertürkheim-Wangen sowie mit der Erstellung des Güterbahnhofes Gaisburg in der Finanzperiode 1907/08 zu beginnen, ist, wofür als 4. Rate 18 Millionen bestimmt werden, zu deren Deckung Staatsanleihen unter möglichst günstigen Bedingungen aufzunehmen sind, empfindet die Kommission zur Annahme.

Abg. Liesching (Vp.) wünscht bei Aufnahme des Ansehens Rücksicht auf die derzeitigen Geldmarkverhältnisse. Eine Verzögerung des Baus darf aber dadurch nicht eintreten. Erkannt hat uns, daß das Gebäude für die Generaldirektion 4 Millionen kosten soll. Eine solche Forderung würde vom Hause nicht angenommen werden.

Ministerpräf. v. Weizsäcker: An einen Prachtbau denken wir nicht. Das Haus wird Gelegenheit haben, die Sache zu prüfen.

Zu der Schlussabstimmung wird das Gesetz nach den gefassten Beschlüssen mit sämtlichen 77 abgegebenen Stimmen angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichts des Legitimationskommissionen betr.

### Wahlanfechtungen.

Vizepräf. Dr. v. Kiene (Ztr.) berichtet über die Anfechtung der Wahl des Abgeordneten für den Oberamtsbezirk Münsingen Dr. Nübling (Vp.). Die Anfechtung stützt sich auf einen Zeitungsartikel des Pfarrers Epple in Leidingen, der auf eine Anfrage erklärte, daß er in der Wahl eines Vertreters des Bundes der Landwirte keine Gefahr für die evangelische Kirche sehe, selbst wenn derselbe vom Zentrum unterstützt würde. Weiterhin sprach sich Epple entschieden gegen die Simultanschule aus. Die Frage, ob in einem solchen Verhalten eines Geistlichen des Wahlbezirks überhaupt eine für die Legitimation des Gewählten rechtlich erhebliche Tatsache und ein wirksamer Anfechtungsgrund liege, sei auf Grund der für den württ. Landtag in Betracht kommenden gesetzlichen Vorschriften nach seiner Auffassung und nach einer seit Bestehen dieser Vorschriften konstanten Praxis des Landtags entschieden zu verneinen. Die Kommission habe mit allen gegen 1 Stimme bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen, die Wahl Nüblings für gültig zu erklären.

Abg. G a u s m a n n - B a l i n g e n (Vp.) begründet seinen ablehnenden Standpunkt. Pfarrer Epple habe in der Wahlangelage an seine Weidkinder sich gewendet und den Standpunkt der Kirche dargelegt. Es sei dies unzulässig und eine Verschiebung der Stimmenzahl wäre ohne das Eingreifen des Pfarrers denkbar gewesen.

v. Kiene (Ztr.): Pfarrer Epple sei es auch im Standpunkt des Disziplinarrechts erlaubt, zu handeln, wie er es getan habe. Für Raumann hätten 16 Geistliche einen Wahlauftritt unterschrieben.

Abg. Wolff (Vp.): Im Reichstag wäre diese Wahl glatt bewilligt worden. Der Pfarrer sei kein Beamter. Der Standpunkt Hausmanns würde viel zu weit führen. Während im weiteren Verlauf der Debatte B a u m a n n (Vp.) das Verhalten des Pfarrers für berechtigt erklärt, tritt Hausmann-Balinger dieser Ansicht neuerdings entgegen und betont, daß der Pfarrer als solcher Einfluß auf die Gewissen habe und daß dies auch in Wahlbewegungen zum Ausdruck komme. Es sei bedauerlich, daß die Deutsche Partei die Erklärung des Pfarrers Epple nicht als zu weitgehend ansehe. Das Zentrum sei in derartigen Fragen begreiflicherweise sehr besonnen. Die Macht des Zentrums wäre nicht halb so groß, wenn es sich nicht auf die Agitation der Geistlichen stützen könnte.

Hildebrand (Soz.): Es stimme heute gewiß mancher für Gültigkeit, der dagegen stimmen würde, wenn der Pfarrer für einen Sozialdemokraten eingetreten wäre. Das bestehende Gesetz biete allerdings keine Handhabe für die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Er werde deshalb dem Kommissionsantrag zustimmen.

Gröber (Ztr.): Es sei bezeichnend, daß gerade die Volkspartei, die sonst immer für gleiches Recht aller sich ins Zeug werfe, einem ganzen Stand sein politisches Recht verkümmern wolle. Es liege gar kein Grund vor, die Wahl zu kassieren. — Schließlich wird der Kommissionsantrag angenommen und gleichzeitig derjenige betr. die Anfechtung der Wahl des Abg. v. Gaus, der sich auch für Gültigkeitserklärung ausspricht.

Es folgt eine Beratung des Gesetzesentwurfes betr. Ergänzung des Polizeistrafrechts wonach mit Geldstrafen bis zu 60 M. oder mit Haft bis 14 Tage derjenige bestraft wird, der ein fremdes Kind unter 16 Jahren ohne ortspolizeiliche Erlaubnis gegen Entgelt in Kost und Pflege nimmt. Die erste Kammer beschließt u. a. hierzu statt 6 Jahre 7 Jahre. Nachdem der Abgeordnete Böh m (D. P.) Ueberweisung des Entwurfs an die Justizgesetzgebungscommission beantragt hatte, waren die sämtlichen folgenden Redner für Kommissionsberatung. Abg. Dr. Späth-Biberach (Ztr.): Die Stellung unter Polizeiaufsicht erregt Bedenken. Der Gemeindevorstand sei der richtige Weg. Abgeordneter v. G a u s (Vp.) betont, daß die Vernachlässigung der Kostkinder von irgend einer Behörde bekämpft werden müsse. Die Abgeordneten Heymann, Schaible und Gröber sprechen sich in ähnlichem Sinne aus, die Polizei habe etwas ominöses. Auf diesem Gebiete müßten auch noch Erfahrungen gesammelt werden. In diesem Sinne äußert sich auch der Abgeordnete Dietrich (Soz.). Minister v. Fischel bemerkt, daß neben der Polizeibehörde selbstverständlich auch Waisenräte und Frauenvereinigungen wirken könnten. Die Polizeiaufsicht sei hauptsächlich in großen Gemeinden notwendig. Nachdem der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen wurde, wird die Beratung (Auswärtiges und Kulturrelat) auf Dienstag vertagt.

### Aus Württemberg.

**Dienstauchrichten.** Uebertragen: Eine Mittelschule in Ulm dem dortigen Schullehrer Kapp, je eine Volksschule daselbst den Schullehrern Schmid in Züllingen, Müller in Dürtleim, Bez. Weislingen und Hummel in Dornstetten, Bez. Dornstetten (Ulrich), die Schullehrer in Schöndorf, Bez. Rügelsau, dem Schullehrer Vanonacher in Sträubeloch, Bez. Waiblingen, eine Schullehrer in Ober-Bez. Michelbach (Sollbach), dem Schullehrer Fran in Mengenhausen, Bez. Rügelsau, die Schullehrer in Reblingen, Bez. Oden, dem Schullehrer Einle in Dettlingen, Bez. Fes, eine Schullehrer in Gerlingen, Bez. Remlingen (Eckard), dem Unterlehrer Eugen Reichold in Degerloch, Bez. Bietingen, eine Schullehrer in Osniettingen, Bez. Truderingen (Balingen), dem Schulverwalter Friedrich Kner in Zettmann, Bez. Weislingen, die 2. Schullehrer in Ludingen, Bez. Waiblingen, dem bisherigen Schulamtsverwalter Adolf Bey, die Schullehrer in Hornberg, Bez. Gail, dem Unterlehrer Friedrich Krafft in Weiskel, Bez. Ehlingen, die Schullehrer in Schöndorf, Bez. Weiskel (Lüdingen), dem bisherigen Schulamtsverwalter Otto Hasler eine Volksschule in Ehlingen dem Seminarstiftungslehrer Albert Schumann in Ragold; je eine Lehrstelle an der katholischen Volksschule in: Hofbernwieser O. K. Kellen, dem Schullehrer Paul Umbrecht in Lippold, O. K. Schwaben, Munderkingen, O. K. Ehlingen, dem Schullehrer Karl Schale in Balmershausen, O. K. Rebersheim, und Steinen, O. K. Züllingen, dem Unterlehrer Alois Wühl in Mengen, O. K. Saulgau.

Erteilt: Dem Oberamtssekretär Kaufgaber bei dem Oberamt Reblingen die nachgehende Entlassung.

In den Ruhestand versetzt: Den Oberpostsekretär Oßberg in Cannstatt auf Ansuchen.

**Vom Landtag.** Wie schon teilweise mitgeteilt, soll die Staatsberatung, ohne daß jetzt schon eine Festlegung auf eine bestimmte Anzahl von Tagen für die einzelnen Etats erfolgt wäre, möglichst verkürzt werden. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen über die Volksschule sollen aus der Beratung ausgeschaltet werden, mit Rücksicht auf die zu erwartende Volksschulnovelle. Man hofft den Etat, die Erhöhung des Wohnungsgeldes und die Beamtengehaltnovelle, sowie das Diätengesetz bis 26. Juli zu erledigen. Vor Schluss der Tagung müsse dann noch das Eisenbahnbaukreditgesetz verabschiedet und die erste Lesung über die Bauordnung vorgenommen werden.

**Württ. Handwerkerverbandstag.** Der 12. Verbandstag des Württ. Handwerker-Landesverbandes fand am letzten Sonntag in Nürtingen statt. Als Vertreter der Staatsregierung war der Präsident der Zentralstelle für Handel und Gewerbe von Mosthaf erschienen. Weiter bemerkte man in der Versammlung Vertreter der Handwerkskammern des Landes. Verbandsvorsitzender Meister Haug-Stuttgart begrüßte die Erschienenen und ganz besonders den für das Handwerk unerlässlichen Präsidenten von Mosthaf, während Stadtschultheiß Bauer die Versammlung namens der Gemeinde Nürtingen herzlich willkommen und dem Verbandstag einen segensreichen Erfolg wünschte. Präsident von Mosthaf führte in seiner Ansprache aus, daß er sich aufrichtig freue, daß seine redlichen Bestrebungen zur Hebung der Lage des Handwerks so lebhaft Anerkennung gefunden haben. Er gelobe, wiederum, nichts zu versäumen, was den Interessen des Handwerks dienen könnte. Die Regierung werde alle Bestrebungen unterstützen, die mit anderen wirtschaftlichen Interessen vereinbar sind. Allerdings können sie sich nicht mit einem Berufszweig identifizieren, sondern müsse einen Ausgleich der Gegensätze erstreben. Das maßvolle Verhalten des Handwerker-Landesverbandes konstatierte er gern und wolle daran erinnern, daß er dem Verband oft einen entscheidenden Einfluß in wichtigen Fragen eingeräumt habe, besonders sei dies bezüglich der in Ulm vom Verband gefassten Resolution in der Angelegenheit der Reform des gewerblichen Fortbildungsschulwesens geschehen. Hierauf wurde an den König ein Guldigungstelegramm nach Bebenhausen abgefaßt. Nach Belesung des Geschäftsberichts wurde der Kassenbericht erstattet, welcher das Vermögen des Verbandes mit M. 1250.30 angibt. Es wurden sodann folgende Anträge der Versammlung unterbreitet: 1) Einführung von Zeugnisbüchern, 2) Herausgabe eines kleinen Wegweisers für junge Handwerker 3) Beschaffung von Kreditmitteln für kleine Handwerker aus staatlichen Mitteln. Hierbei betonte Präsident von Mosthaf, daß es ein Mangel an Offenheit wäre, wenn er nicht sofort gegen diesen Antrag seine Bedenken äußere. Die Geldknappheit sei in allen Kreisen Grund zur Klage. Alle Stände litten gleichmäßig darunter. Die Gewerbetanken und Kreditanstalten wären bis jetzt allen an sie gestellten Anforderungen gerecht geworden. Er möchte dringend davor warnen, daß man den vorgeschlagenen Weg beschreite, denn die Anrufung des Staats sei eine sehr bedenkliche Sache. Er sei fest überzeugt, daß unsere Kreditgenossenschaften nichts von Staatskredit wissen wollen. Man solle den allein richtigen Weg der Selbsthilfe nicht verlassen. 4) Unfallversicherung für Handwerksmeister, 5) Zentralisierung der Verbände. Sämtliche Anträge wurden den Ausschüssen zur Beratung überwiesen. Sodann erstattete Handwerkskammersekretär Freytag-Remlingen das Referat über „Was ist am Submissionswesen von heute verbesserungsbedürftig und verbesserungsmöglich? In erster Linie sei darauf hinzuwirken, daß eine Streikklausel in die Lieferungsverträge aufgenommen wird. Sodann seien Schiedsgerichte einzusetzen, die darüber zu entscheiden haben, ob der Streit die Folge eines Verschuldens des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers war. Diese Streitigkeiten seien nicht von ordentlichen Gerichten zu schlichten, sondern von ständigen Schiedsgerichten, wobei besonderer Wert darauf zu legen ist, daß die Entscheidung gleich in der ersten Instanz gefällt wird. Gemeinsame Kommissionen sollten auch eine gründliche Durchsicht der Bedingungen vornehmen. Daß Submissionswesen sei kein Schmerzenskind des Einzelnen sondern große Organisationen müßten einheitlich die Frage regeln. Bei Aufstellung der Vorschläge sollte auch Sachverständigen aus Handwerkerkreisen ein gewisses Recht eingeräumt und Fühlung mit den Gewerbetreibenden genommen werden. Besonders sei auch dem Mangel an Zeichnungen abzuwehren, Nebenleistungen müssen von Hauptleistungen getrennt gehalten werden. Bei Vergabe der Arbeiten müsse auch darauf gesehen werden, daß die zur Führung des Meistertitels berechtigten Handwerker bevorzugt werden, das müsse vor allem bei Qualitätskonkurrenzen geschehen. Im Nahrungsmittelgewerbe sollten keine Submissionen ausgeschrieben werden. Um auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, sei es aber notwendig, daß der Handwerker und die Organisationen selbst helfend eingreifen. Der Handwerkerstand müsse kalkulatorisch, etwa durch Kalkulationskurse, besser erzogen werden. Die Hauptsache sei, den Handwerker zur Submission zu erziehen. Nachdem der Vorstand wiedergewählt war, wurde beschlossen, den nächsten Verbandstag in Winterbach im Remstal abzuhalten. Während des Festmahls traf aus Bebenhausen eine telegrafische Dankagung des Königs ein.

Auf dem Hauptbahnhof in Stuttgart wurde Sonntagabend einem Hilfsweihenwärtler beide Füße abgefahren, sodas der Tod unmittelbar darauf eintrat. Am Freitag nachmittag war der Landwirt Karl Stäbler in Nusberg O. K. Stuttgart mit der Viehfütterung im Stall beschäftigt. Hierbei wurde er unversehens von einem Karren angegriffen, auf die Hörner genommen und in den Futtertrog geworfen. In dieser Lage bearbeitete das wütende Tier den mehrlosen Stäbler mit den Hörnern derart, daß er am ganzen Körper mit schweren Verletzungen bedeckt wurde, bis er endlich auf seine Hilferufe aus seiner lebensgefährlichen Lage befreit werden konnte. Ein verheirateter Müllerknacht von Ragold, Vater von fünf Kindern, ließ Frau und Kinder sitzen und flüchtete sich mit einem Mädchen unter Mitnahme seiner Barschaft ins Ausland. Er soll wegen Verführung eines zurückgelassenen Mädchens und wegen Verletzung gegen das leimende Leben verfolgt sein. Ein Brauereidirektor von Heidenheim wurde wegen Verdachts der Eidesverletzung in Gmünd verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Samstag ist auf dem Bahnhof in Ulm der Ankuppler A m a n n von Dellmensingen beim Verpuffeln von Wagen verunglückt und ist seinen Verletzungen erlegen.

### Funf und Wissenschaft.

Berlin 14. Juni. Professor Adolf Harnack, dem bekannten Theologen, Professor an der Berliner Universität und Generaldirektor der Königl. Bibliothek, ist von der Universität Glasgow die Würde eines Dr. jur. verliehen worden.

### Die zweite Duma †.

An den Jaren.

O Väterchen, o Väterchen  
Du züchtest Attemäterchen!  
Die erste Duma hast Du strift!  
Als unbedequem nach Haus geschickt.  
O Väterchen, o Väterchen  
Acht mehr die Volksvertreterchen  
O Väterchen, o Väterchen  
Du bist ein Wisheitäterchen!  
Die zweite Duma nahat den Lauf  
Der ersten, und du löst sie auf.  
O Väterchen, o Väterchen  
Ja Land herrscht Ach und Zeterchen!  
O Väterchen, o Väterchen,  
Schlecht steht dein Barometerchen!  
Wenn man sein Volk zu lange nedt,  
Verliert es schließlich den Respekt,  
Und gibt dann was auf's Aederchen  
Dem Väterchen, dem Väterchen.

